



HEIDENREICH UNTERBEK muss
Maschinenfabrik bleiben!

**Es geht nicht
nur um Heidenreich**

Bericht über eine Betriebsschließung



Herausgegeben von den Vertrauensleuten der Fa. Heidenreich & Harbeck,
Hamburg, Dezember 1976.

Verantwortlich: Hermann Hansen, Borchardring 53, 2000 Hamburg 60,

Eigendruck. Auflage 1000

Schutzgebühr 50 Pfennig

Wir danken den Kollegen aus der IG Druck + Papier, die uns solidarisch
unterstützt haben, diese Broschüre fertigzustellen.

Es geht nicht nur um Heidenreich!

Bericht von einer Betriebsschließung

WARUM DIESER ERFAHRUNGSBERICHT?

Auf Beschluß des Gildemeisterkonzerns, zu dem Heidenreich & Harbeck (H & H) seit 1972 gehört, werden bis Ende 1977 über 800 Kollegen von ca. 1000 entlassen. Das bedeutet praktisch die Stilllegung dieser traditionsreichen Hamburger Werkzeugmaschinenfabrik.

Wir Arbeitnehmer von H & H wurden von diesem Konzernbeschluß überrascht. Bis zuletzt wurden wir über die wirklichen Absichten der Geschäftsleitung getäuscht. Deswegen brauchten wir eine Anlaufzeit, bis wir uns dagegen wehrten. Zusammen mit der IG-Metall machten wir mit verschiedenen Aktionen die Öffentlichkeit auf diese Vernichtung von guten Arbeits- und Ausbildungsplätzen aufmerksam.

Unser Fall erregte in Hamburg eine zeitlang Aufsehen. Gemeinsam mit der IG-Metall konnten wir nicht verhindern, dass unsere Arbeitsplätze den Konzerninteressen geopfert werden. Wir haben bitter erfahren, daß eine Belegschaft allein nicht den nötigen politischen Druck erzeugen kann, um auch Konzernherren zum Einlenken zu bewegen.

Allein in der Metallindustrie Hamburgs wurden in den letzten 5 Jahren über 20.000 Arbeitsplätze vernichtet. Wie unser Beispiel zeigt, hat die gewerkschaftliche Bewegung in der Bundesrepublik heute noch keine wirksamen Mittel gefunden, um unsere Existenzgrundlagen, die Arbeitsplätze, vor den Entscheidungen der Konzerne zu schützen.

Wir haben diese bittere Erfahrung machen müssen. Aber wir wollen, daß unsere Erfahrungen genutzt werden können von anderen Belegschaften, die nach uns in die gleiche Lage kommen, damit sie nicht

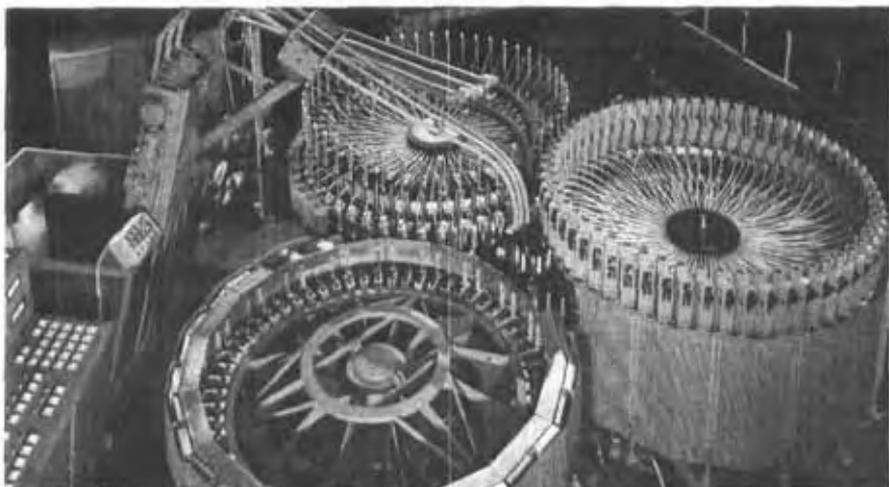
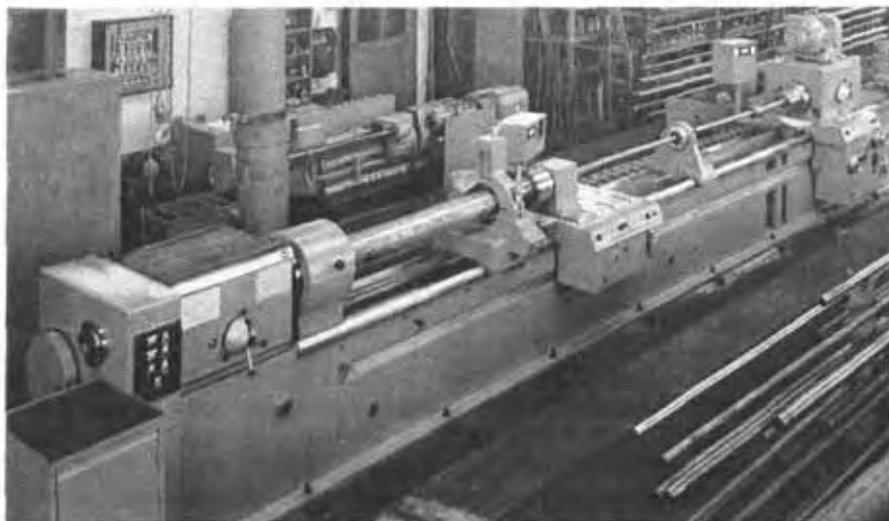
ebenso von den Ereignissen überrascht werden, wie wir es anfangs waren.

Wir Arbeitnehmer brauchen unsere Arbeitsplätze, um leben zu können. Aber wir haben auch erfahren, daß uns ein Recht auf unsere Arbeitsplätze in unserer "sozialen" Marktwirtschaft nicht geschenkt wird.

DIE VORGESCHICHTE

Heidenreich & Harbeck ist eine Werkzeugmaschinenfabrik, die seit über 100 Jahren besteht. Ihre Drehmaschinen (VDF) waren wegen ihrer Qualität weltbekannt. Im Hamburger Raum hatte eine Ausbildung bei H & H einen sehr guten Namen. Viele Kollegen von uns sind praktisch ihr ganzes Arbeitsleben bei H & H gewesen. Sie haben nach 1945 mitgeholfen, aus den Trümmern ein blühendes Wirtschaftsunternehmen aufzubauen. Wo sind heute die Früchte unserer Arbeit geblieben ?

H & H wurde von Gildemeister (Bielefeld) übernommen: 1970 zum Teil, 1972 vollständig. Gildemeister war ursprünglich ebenfalls nur eine Werkzeugmaschinenfabrik in Bielefeld. Mit dem Kapital des Mehrheitsaktionärs Westdeutsche Landesbank im Rücken mauserte sich Gildemeister zum Konzern. Er kaufte andere Werke, vor allem Max Müller in Hannover und Heidenreich & Harbeck in Hamburg auf. Damit bekam Gildemeister Kontrolle über einen wichtigen Teil der Konkurrenz. Aber er mußte sich gleichzeitig enorm hoch verschulden. Allein 1975 zahlte Gildemeister über 23 Millionen an Zinsen. Anfang der siebziger Jahre brauchte Gildemeister Produktionskapazitäten vor allem für riesige Aufträge aus dem Osten. So wurde H & H zur "verlängerten Werkbank" für Bielefeld. Gleichzeitig bekam Gildemeister Zugang zu Plänen und Entwicklungen von H & H, die weidlich ausgenutzt wurden. Nach und nach wurden wichtige Produktionen aus Hamburg ausgelagert bzw. hier **eingestellt** und in anderen Werken weitergeführt. (NC, Tiefbohrbank, Zahnradfertigung, Kegelradhobelmaschinen usw.) In Hamburg blieben die roten Zahlen (= Kosten für Entwicklung und Versuche usw.) zurück. Ein besonders deutliches Beispiel: die Flaschenblasmaschine. Sie wurde bei H & H über 7 Jahre hin entwickelt. Als sich Ende 1974 die ersten Aufträge abzeichneten, wurde die Produktion von H & H abgezogen und eine neue Firma, die "Corpoplast GmbH" gegründet.



Die Fotos zeigen zwei Produkte von H & H (oben: Tieflochbohrbank, unten: Flaschenblasmaschine), die aus dem Hamburger Werk ausgelagert wurden. Diese Fertigungsprogramme sollen in neuen Tochterfirmen gewinnbringend für Gildemeister eingesetzt werden. Die Herstellung der Tieflochbohrbank wurde von einer Tochterfirma übernommen, die 1976 ihren Umsatz fast verdoppelte.

All dies geschah lange vor der dramatischen Zuspitzung. Wir wissen heute, daß uns diese Tatsachen hätten mißtrauisch machen müssen, weil sie alle in die gleiche Richtung zielten: H & H als Zusatzwerkstätte für das Stammwerk auszunutzen, um große Aufträge überhaupt ausführen zu können. Gleichzeitig wurden alle zukunftssträchtigen Fertigungen ausgelagert.

Neu-Investitionen wurden nicht mehr vorgenommen. Daraus folgte, daß H & H in dem Moment fällig war, wo die Konjunktur nachließ und die großen Aufträge ausblieben.

WIR WURDEN BIS ZULETZT GETÄUSCHT

Obwohl uns dies heute klar ist, gelang es der Geschäftsleitung immer wieder, uns über die wirkliche Lage und ihre wirklichen Absichten im Unklaren zu lassen. Wir wollen einiger ihrer Aussagen hier anführen: Bei der Übernahme durch Gildemeister begrüßte uns der damalige Vorstandsvorsitzende Grauthoff in der "großen Gildemeister-Familie", mit der wir angeblich einer "großen Zukunft" entgegengingen. Die verschiedenen Auslagerungen wurden mit einer "Bereinigung der Produktionspalette" der einzelnen Werke begründet. Und schließlich sollte ja eine ganz neue Fertigung in Hamburg begonnen werden: Das sollte aber noch "geheim" bleiben (es war die NEF, auf die wir noch zu sprechen kommen).

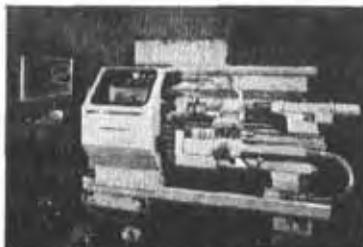
Tatsächlich begann die Arbeitsplatzvernichtung innerhalb der "Gildemeister-Familie" bereits Anfang 1974: angeblich um den "Wasserkopf" (zu viele Angestellte) abzubauen, wurden von diesem Zeitpunkt ab 111 Angestellte bei H & H "freigesetzt". Viele hielten diese Entlassungen und Abgänge noch für richtig, weil so unsere Arbeitsplätze sicherer gemacht werden sollten. Viele von uns sahen damals noch nicht, daß hier die Geschäftsleitung die Belegschaft spaltete, um ihre Absichten durchzusetzen. Diesmal waren es die vielen Angestellten, die die Firma angeblich belasteten. Vor allem täuschte uns, daß gleichzeitig gewerbliche Facharbeiter angeworben wurden.

Mit welchen haltlosen Versprechungen dieses geschah, kann man z.B. aus der nebenstehenden Anzeige erkennen; sie erschien im August 1975 in einer Hamburger Tageszeitung.

Im September 1975 forderte der Werksleiter Pawellek die Belegschaft auf: "Für die vor uns stehenden großen Aufgaben brauchen wir Fachkräfte. Mobilisieren Sie dafür in Ihrem Bekannten- und Freundeskreis."

Einen Monat zuvor aber hatte der Vorstandsvorsitzende von Gildemeister vor den Aktionären folgendes gesagt: "Für unser Hamburger Werk, das seit Jahren mit hohen Verlusten das Ertragspotential von Gildemeister negativ beeinflusst, haben wir während der letzten Monate Maßnahmen eingeleitet, die stufenweise bis Ende 1977/Anfang 1978 die Kosten-, Umsatz- und Ertragslage dieses Werkes wesentlich verbessern werden."

HEIDENREICH & HARBECK



im Verbund der
GILDEMEISTER AKTIENGESELLSCHAFT

GEHT EINER NEUEN ZUKUNFT ENTGEGEN!

Die GILDEMEISTER Aktiengesellschaft ist einer der größten Werkzeugmaschinenhersteller Europas. Wir beschäftigen in mehreren Werken in Bielefeld, Hamburg, Hannover, Bergamo mehr als 4500 Mitarbeiter.

Sie mit Ihrer guten beruflichen Qualifikation sollten die Qualität unserer Maschinen sichern. Ihre Fachkenntnisse sind die Grundlagen für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit unserer Maschinen.

Für unser Werk in Hamburg suchen wir zur Erfüllung des Fertigungsprogramms eine Anzahl weiterer Mitarbeiter zum Einsatz in der mechanischen Fertigung, im Drehmaschinenbau und in der Elektromontage.

Wir bieten Ihnen einen sicheren Arbeitsplatz und gute Verdienstmöglichkeiten.

Angelegten Fachkräften geben wir Gelegenheit zur weiteren Ausbildung und Qualifizierung für die Tätigkeiten Drehen, Bohren, Montieren und Schaben. In diesem Falle sollten Sie über Grundkenntnisse aus der Metallverarbeitung verfügen.

SPITZENDREHER

NC-DREHER

BOHRWERKSDREHER

SENKRECHTBOHRER

MASCHINENSCHLOSSER

Sie erhalten bei uns hohe Sozialleistungen und können unter anderem täglich eine warme Mahlzeit einnehmen. Bei einem Besuch oder Anruf informieren wir Sie gern ausführlicher über alle Sie interessierenden Fragen.



HEIDENREICH & HARBECK

Zweigniederlassung der
GILDEMEISTER Aktiengesellschaft

2000 Hamburg 60, Wiesendamm 30, Telefon (040) 29 89 332

Nähe S- und U-Bahnhof Barmbek und U-Bahnhof Saarlandstraße

Auf der Hauptversammlung im August 1976, also 1 Jahr später, kann Barthelmeß von Fortschritten im Sinne des Gildemeister-Konzerns berichten: "Alle seit Anfang 1975 geplanten, eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen sind konsequent auf dieses Ziel (Verbesserung der Kapitalrendite und nicht Wachstum um jeden Preis) im Rahmen der festgelegten Strategie ausgerichtet worden."

Die wichtigste dieser konsequent "geplanten, eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen" war die Vernichtung der Arbeitsplätze von über 800 Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden in Hamburg!!

Diese Äußerungen des Konzernvorstands beweisen, daß Gildemeister planvoll und langfristig vorgegangen ist, um seine Profitinteressen durchzusetzen. Uns gegenüber tut der Vorstand immer so, als sei er gerade wieder von der Wirtschaftsentwicklung überrascht worden.

Ende 1975 muß der Vorstand vor der Frage gestanden haben: Wie sag ich's meinem Kinde? Antwort: Nicht auf einmal, sondern immer dosiert, Tröpfchen für Tröpfchen.

So hieß es Ende November 1975 plötzlich: "Die Auftragslage ist sehr schlecht. Wir müssen vier Tage Zwangsurlaub über Weihnachten machen. Außerdem ist ab Februar 1976 Kurzarbeit möglich." Sie kam prompt! - Trotz dieser Nachrichten gingen wir noch halbwegs beruhigt ins Weihnachtsfest.

MIT 250 ENTLASSUNGEN FING ES AN

Umso größer war der Schock, als am zweiten Arbeitstag im neuen Jahr (6.1.76) Werksleiter Pawellek verkündete, daß in den nächsten 18 Monaten 250 Kollegen aus dem sogenannten Gemeinkostenbereich entlassen würden - und zwar "unabhängig von der Auftragslage". Im Klartext: die anderen Kollegen sollten sich daran gewöhnen, die Arbeit der Entlassenen mitzumachen! Pawellek sprach dabei von "Leistungsschwachen", die gehen müßten; und weiter: "Die Spreu muß vom Weizen getrennt werden".."Soziale Gesichtspunkte können nicht mehr berücksichtigt werden".."Wir sind kein Lazarett!" Das waren Beleidigungen für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und oftmals der Firma sogar "treu" geblieben sind, als anderswo besser bezahlt wurde. Früher gehörten wir als "liebe Mitarbeiter" zur "Gildemeister-Familie", jetzt sollte jeder vierte von uns "Spreu" sein, leergedroschene Getreidehülsen, die man wegwerfen kann. Dazwischen liegt bei uns gerade ein Vierteljahr. Deutlicher konnte uns nicht vor Augen geführt werden, daß unsere Schicksale, der die Schicksale der Arbeitnehmer und ihrer Familien, in den Entscheidungen des Unternehmens keine Rolle spielen.

DANN KAM DIE NACHRICHT VON DER STILLEGUNG

Und der letzte Tropfen kam erst noch: Am 15. März 1976 verkündete der Vorstandsvorsitzende Barthelmeß auf einer Betriebsversammlung, daß 800 Entlassungen bis Ende 1977 vorgesehen sind. Nur ein Rest von etwa 100 Kollegen sollte für Kundendienst usw. vorläufig erhalten bleiben (diese Zahl ist inzwischen, auch aufgrund unseres Widerstandes auf knapp 200 erhöht worden). Die "Begründung" für diese massenhafte Arbeitsplatzvernichtung war wieder bezeichnend: das sei der einzige Ausweg, die übrigen Arbeitsplätze in Hannover und Bielefeld zu erhalten..(In der Zwischenzeit hat sich aber bereits gezeigt, wie wenig dadurch tatsächlich diese Arbeitsplätze gesichert wurden: In Bielefeld selbst wurden bis Ende 1976 312 Kollegen entlassen; in Hannover wachsen die Sorgen, wenn Mitte 1977 das neue Werk in Sennestadt bei Bielefeld voll in Betrieb genommen wird und gleichzeitig die großen Aufträge aus dem Osten auslaufen.)

Barthelmeh bot zum Schein das Werk für IDM zum Kauf an - allerdings nur unter der "Bedingung", daß der Käufer die Arbeitsplätze erhält! Der Sinn war, uns zu verwirren. - Zur gleichen Vernebelungstaktik gehörte es, wenn Barthelmeh auf dieser Betriebsversammlung behauptete, die "Lösung" (H&H zu liquidieren) sei ihm vor 10 Tagen in einer schlaflosen Nacht eingefallen. Denn gleichzeitig wurde bekannt, daß die Standard-Drehmaschinen, die traditionellen Haupterzeugnisse von H & H, in Zukunft in Lizenz in Ungarn gebaut werden sollten. Das ist sicher nicht in den 10 Tagen von Barthelmehs "Schlafloser Nacht" bis zur Betriebsversammlung vom 15. März vereinbart worden! Es ist interessant, wie offen dies in einer Manager-Zeitung zugegeben wird:

Manager Magazin 11/1976

~~...angeige, kostendeckende Sonderprodukte zu entwickeln.~~

Noch im Herbst 1975 warb der Hamburger Statthalter von Gildemeister, Gerhard Pawellek (43), mit dem Angebot „sicherer Arbeitsplätze“ weitere Facharbeiter an. Das war nicht korrekt. Barthelmeh heute: „Es handelte sich nur um temporäre Zuarbeit für einen terminierten großen Rußland-Auftrag von Gildemeister.“

~~Barthelmeh ...~~

~~...aktiv ...~~
~~... verteilt auf 16 ...~~
~~... vorzulegen. Werksleiter Pawellek: „Wir sind doch kein Lazarett.“~~ Behauptungen der IG Metall, H & H plane Massenentlassungen, wies Pawellek mit der Bemerkung „Dummes Zeug!“ zurück. „Mehr passiert nicht“, dementierte auch Barthelmeh.

Es waren Zweckdementis. Die Gründe: Kunden wurden bereits un-

ruhig. Barthelmeh fürchtete um den ruhigen Fortgang der Arbeiten am N.E.F.-Programm, das er ab 1977 bei Bielefeld produzieren wollte. Mit dem Billiglohnland Ungarn angebahnte Gespräche über eventuelle Weiterführung der Produktion von Standarddrehbänken waren noch nicht entscheidungsreif. Und schließlich fehlten Gildemeister im Augenblick alle Voraussetzungen, die Kosten einer Werkschließung, (Abschreibungs- und Verlagerungsaufwand, Sozialplan) bilanziell und finanziell zu verkraften.

Als Barthelmeh die Basis dafür geschaffen hatte, ließ er die Katze aus dem Sack. Nach Konsultationen von Bonner Ministerien und Hamburger Senat bat er am 10. März den Betriebsrat nach Bielefeld. Um 3500 Arbeitsplätze im Konzern zu retten, eröffnete er ihnen, müsse Heidenreich & Harbeck bis Ende 1977 nach einem Stufenplan nunmehr insgesamt 800 Mitarbeiter entlassen lediglich eine ~~...~~

UNSER PROTEST

Diese Nachricht der Stilllegung war der Tropfen der bei uns das Faß zum Überlaufen brachte. Aus der Betriebsversammlung heraus ging die Belegschaft auf die Straße mit dem Ruf: "Heidenreich soll weiterleben - Heidenreich & Harbeck darf nicht von Hamburg weg!" Wir blockierten ca. eine halbe Stunde lang eine Kreuzung, um auf unseren Protest aufmerksam zu machen. An unserer Demonstration nahm teilweise auch der damalige Hamburger Wirt-

Morgenpost

16. März 1979 • 23 Pf. • C1986 A

Gescheitert!

ÖTV-Tarife: Keine Einigung zwischen Kluncker und Maihofer



ÖTV-Chef Otto Kluncker



IG-Metall-Chef Hans-Joachim Maihofer

Müdigkeit — Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sind gescheitert. Nach nur einwöchiger Beratung erließen ÖTV-Chef Kluncker sowie IG Metall-Chef Maihofer eine Abschlusserklärung, die Verhandlungen für beendet erklärt. Ein Einigungspunkt ist es nicht gelungen, die Gehälter für die zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst festzusetzen. Die Streikwelle wird sich weiter ausbreiten, denn für den Beschäftigten des Öff. Dienstes (S. 2).

Preußen-Prinz heiratet Bremerin

Sie wird seine Zweite Frau

Beim 23-jährigen Prinzen Wilhelm wird die Frau des Preußen-Prinzen Friedrich Wilhelm (90) am 20. April mit der 26-jährigen Bremerin, der Brautjungfer der Preußen-Familie, gräfin Hedwig von Mevius, geheiratet. Gräfin Hedwig von Mevius ist die Tochter des Reichs- und Oberbürgermeisters von Berlin, des 86-jährigen Grafen.

Der Brautvater des Kaisertruhens Fritz-Ludwig von Mevius und die 82-jährige Brautjungfer Hedwig von Mevius waren am 20. November 1978 nach der Eheschließung des Preußen-Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Braut die zweite Ehe. Er hatte eine 1940 mit einer Berlin-Frau des Reichs- und Oberbürgermeisters, Grafen, geheiratet.

Prima:
Wieder ein voller Fußball-Tag im Fernsehen / S. 11

Aus Protest gegen 800 Entlassungen: Senator

Kern geht auf die Straße

Wichtige Meldungen

Autos teuer?
München — Nach dem 1. April werden die Autos teurer. Die Preise werden um 10 bis 15 Prozent ansteigen. Dies ist die Folge der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15 Prozent.

Fonds krank
Frankfurt — Die Aktienmärkte sind im Sinkflug. Die Kurse sind um 10 bis 15 Prozent gefallen.

Gewinn-Quoten
Frankfurt — Die Gewinnquoten der Unternehmen sind im Sinkflug. Die Gewinne sind um 10 bis 15 Prozent gefallen.



Am 16. März hat die Gewerkschaften gegen die Entlassungen demonstriert.

W & H lehnte alle Hilfsangebote ab

W & H lehnte alle Hilfsangebote ab. Die Gewerkschaften haben sich gegen die Entlassungen ausgesprochen. Sie fordern die Regierung auf, die Entlassungen zu stoppen.

DDR stur: Friderichs verläßt Leipzig-Messe

DDR stur: Friderichs verläßt Leipzig-Messe. Der DDR-Präsident hat die Messe verlassen. Er ist enttäuscht über die Lage in der DDR.

Zu Beginn stand unser "Fall" groß in der Presse. Aber mit der Art und Weise der Berichterstattung waren wir von Anfang an nicht einverstanden. Protestschreiben z.B. an die Hamburger Morgenpost von uns und anderen Barmbecker Betrieben blieben jedoch ohne Wirkung.



Die Abschlussskundgebung der Barmbeker Betriebe nach der Demonstration vom 18. März 1976.

schaftssenator Kern teil, der kurz zuvor von einer Delegation des Betriebsrates herbeigeholt worden war. Seine Anwesenheit unterstrich die Bedeutung unseres Anliegens.

Bereits zu Anfang des Jahres - als es scheinbar "nur" um 250 Entlassungen ging - hatte die IG-Metall den "Arbeitskreis Barmbeker Betriebe" gegründet. Hier waren besonders Kollegen aus benachbarten Barmbeker Betrieben aktiv, um die Öffentlichkeit und die Bevölkerung in Barmbek und im übrigen Hamburg aufmerksam zu machen auf das "Problem H & H" und den enormen Verlust von Arbeitsplätzen im Metallbereich überhaupt. Dieser Arbeitskreis hat eine sehr gute solidarische Arbeit geleistet. Mit Hilfe dieses "Arbeitskreises Barmbeker Betriebe" demonstrierten wir am 18.3.76 in Barmbek. Unser Protest hatte in diesen Tagen ein großes Echo in der Presse gefunden. Wir erhielten zahlreiche Solidaritätsschreiben. Bei der Demonstration vom 18.3.76 zeigten viele Metallkollegen, Einwohner aus Barmbek und auch Kollegen aus anderen Branchen (z.B. Drucker, Studenten der Pädagogischen Hochschule, UK-Eppendorf usw.) ihre Solidarität und Empörung über das Vorgehen von Gildemeister. Es kamen über 4.000.

Schon zu diesem Zeitpunkt wurden Verhandlungen über einen "Sozialplan" aufgenommen (und am 7.5.76 abgeschlossen). Dies geschah aus der Überlegung heraus, daß bereits mehrere Kollegen entlassen waren und daß es gut wäre, zweigleisig zu fahren.

AUCH DIE POLITIKER WAREN MACHTLOS !

In den folgenden Tagen und Wochen lud der Betriebsrat Politiker der großen Parteien zu H & H ein, um sie über die Vorgänge aus unserer Sicht zu informieren. Das wichtigste Ergebnis dieser Kontakte war ein Unterstützungsangebot des Hamburger Senats für Gildemeister. Doch Barthelmeß meinte dazu nur: "Das wäre Verschwendung von Steuergeldern". - Da ist sicher etwas dran ! Aber wir wollen darauf hinweisen, daß Gildemeister in Nordrhein-Westfalen reichlich Steuergelder scheffelt: Allein für eine Umsiedlung im Rahmen der Stadt-sanierung über 70 Millionen ! Mit diesem Geld baut Gildemeister das neue Werk in Sennestadt, dem letztlich H & H (und in Zukunft auch das Werk in Hannover ?) zum Opfer fällt.

Wir mußten nach diesen Bemühungen leider erkennen, daß auch die Politiker machtlos sind, wenn es um Entscheidungen eines Konzerns mit einer mächtigen Bank im Rücken geht. Das ist die "soziale Marktwirtschaft", die gerade im vergangenen Wahlkampf so viel beschworen wurde. Wir fragen uns aber: Wo bleibt der "soziale" Zug dieser Wirtschaft ?

Wir mußten überhaupt die Erfahrung machen, daß es zwar viele Gesetze zum Schutz von Arbeitnehmerinteressen gibt, aber da, wo es um wesentliche Dinge, wie die Erhaltung der Arbeitsplätze geht, gibt es nichts, was die Entscheidungsmacht des Unternehmers einschränkt !

UNSER KAMPF GING ABER WEITER

Auf diese Zustände machten wir in einer Unterschriftensammlung der IG-Metall aufmerksam. An verschiedenen Ständen in der Innenstadt und in Barmbek sammelten wir Unterschriften gegen die Schließung von H & H und für eine offensive Arbeitsmarktpolitik. Die Belegschaft selbst sammelte in ihrem Bekanntenkreis ebenfalls mehrere tausend Unterschriften. Insgesamt wurden es ca. 20.000.

Während dieser Zeit hat in der gesamten Belegschaft ein Bewußtwerdungsprozeß stattgefunden. Das zeigte sich am 23.4.76 in einem Streik fast der gesamten Belegschaft. Gegen Mittag dieses Tages legten wir die Arbeit nieder und besetzten den Raum, in dem die neuentwickelte Maschine (die NEF) den europäischen Vertretern vorgeführt werden sollte. Wir wußten, daß Barthelmeh, der Vorstandsvorsitzende von Gildemeister, nach langer Zeit wieder im Haus war und forderten ihn auf, uns Fragen zu beantworten. Er mußte kommen und sich stellen.

Wir waren vorher mehrfach von maßgeblichen Kollegen auf eine Gefahr hingewiesen worden: "Wenn ihr streikt, werdet ihr vor die Tür gesetzt und ihr seid eure Abfindung los. Ihr könnt der Geschäftsleitung keinen größeren Gefallen tun. Das Recht ist auf ihrer Seite." Jetzt aber war die Belegschaft bereit, dieses Risiko im Kampf um die Arbeitsplätze auf sich zu nehmen.

Wie war es dazu gekommen ? Worum ging es ? Die Belegschaft hatte mehrmals erfahren, daß sie von der Geschäftsleitung belogen wurde und daß sie kein Recht auf ihre Arbeitsplätze hatte. Empörung und Mißtrauen waren gewachsen. Viele ließen sich noch lange glauben machen, daß der Vorstand seinen Beschluß vielleicht doch ändern könnte. Mit jeder Aktion war jedoch unsere Erfahrung gewachsen. Die Geschäftsleitung hatte auch lange Zeit Erfolg damit, einen Teil von uns gegen den anderen auszuspielen. Zuletzt wollte sie z.B. bei 800 Entlassungen noch jedem Einzelnen Hoffnung auf die verbleibenden 100 Arbeitsplätze machen. Diesen Spaltungsversuch haben wir dadurch unterlaufen, daß wir forderten: "Wir wollen wissen, wer wann gehen muß, und wer bei den 100 bleibt." Diese Forderung wurde durch unseren Druck (wir "belagerten" die Werksleitung vor ihrer Kantine) kurzfristig erfüllt. Danach gab es keine Illusionen mehr in der Belegschaft, über das eigene Schicksal. Immer mehr Kollegen fingen an, sich selbst Gedanken über ihre Zukunft zu machen. Sie überließen das nicht mehr nur ihren Betriebsräten oder auch Vertrauensleuten, die man bisher immer beauftragt hatte, wenn es ein Problem gab.

Auch bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten selbst hatte sich einiges geändert. Besonders die gewerkschaftliche Arbeit der Vertrauensleute war vorher weitgehend darauf beschränkt gewesen, die Informationen des Betriebsrates zu verbreiten. Durch die Auseinandersetzungen und

Erfahrungen hatte ihre gewerkschaftliche Tätigkeit einen lebendigen Inhalt bekommen. Der Vertrauensleutkörper ist zu einem Motor der Bewegung im Betrieb geworden.

So kam es, daß an diesem Tag - ohne große Vorbereitung - die Meinung verbreitet war: "Die Gelegenheit ist einmalig, wir müssen etwas tun, wir müssen Klarheit bekommen, was es auf sich hat, mit den Versprechungen und Andeutungen der Geschäftsleitung. Und deswegen müssen wir heute hingehen und die neue Maschine "besichtigen" und Barthelmeß zur Rede stellen !"

Barthelmeß mußte auf unsere Fragen antworten. Aber seine Antworten waren nur Ausflüchte und immer neue Ausflüchte. Wir merkten, daß an den Versprechungen, evtl. doch das Werk weiterzuführen mit 500 Leuten und Ähnliches, nichts Ernsthaftes dran war.

Wir hatten aber die Geschäftsleitung beeindruckt. Wir haben sie für eine kurze Zeit veranlaßt, auch uns einmal anzuhören. Bei mehreren Aktionen der Belegschaft - vorher und nachher - hat sich immer wieder gezeigt, daß die Geschäftsleitung, die unsere Meinung immer wieder übergeht, diese Sprache sehr gut versteht ! (Siehe dazu auch die Berichte der VK-Leitung in den verschiedenen Ausgaben des "Vertrauensmann", die wir weiter hinten abdrucken).

Diese Aktion im Vorführraum war ein Höhepunkt unseres Kampfes. Hier und bei einigen anderen Aktionen hat sich gezeigt: "Wir sind stark und können auch gegen den Vorstand etwas erreichen, wenn wir uns einig sind und wissen, was wir wollen !"

ZU DIESER NEF EIN NACHTRAG

In einem Zeitungsinterview am 16.4.76 hatte Barthelmeß behauptet: "In Hamburg ist seit 15 Jahren nichts mehr entwickelt worden." Damit wollte er beweisen, daß H & H nicht mehr "lebensfähig" war. Es ist aber eine Tatsache, daß in Rekordzeit von 1 Jahr diese neuartige Drehmaschine, die NEF 480, in Hamburg bei H & H entwickelt wurde. Man hatte uns bis zuletzt gesagt: "Das ist ein Geheimnis, das wird die Maschine, die H & H "retten" wird. Jetzt war diese Geheimwaffe fertig und jetzt wurde H & H dichtgemacht.



Wie hoch Gildemeister diese Maschine einschätzt, zeigt folgendes:
 Auf der Aktionärsversammlung von Gildemeister in diesem Jahr mußte
 der Vorstand die Kleinaktionäre beruhigen, weil es wieder keine
 Dividende gab (die Großaktionäre, die Banken, interessiert die Dividende
 nicht: Sie bekommen durch den hohen Verschuldungsgrad von Gildemeister
 reichlich Zinsen). Barthelmeh beruhigte sie mit dem Hinweis auf die in
 Hamburg entwickelte NEF: "Als Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen
 Weg sind, möchten wir Ihnen einen kurzen Film über die neue NEF
 aus dem Hause Gildemeister zeigen. Diese bahnbrechende konkurrenzlose
 Maschine wird Ihre Beteiligung an unserem Unternehmen zu einer
 langfristigen guten Renditeanlage machen."

Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß der bisherige Auftragseingang
 für diese Maschine sehr gut ist - für die Geschäftsleitung.
 Bleibt für uns Arbeitnehmer nur der Gang zum Arbeitsamt ?



Heidenreich & Harbeck darf nicht sterben!

Wir, über 1000 Arbeitnehmer, kämpfen um unsere Arbeitsplätze. Nach dem Krieg haben wir erreicht, daß dieses Werk nicht demontiert, sondern wiederaufgebaut wurde.

Seit Jahrzehnten haben wir hochwertige Maschinen hergestellt. Nachdem die Firma 1972 vom Gildemeister-Konzern übernommen wurde, machte er das Werk mehr und mehr zu einem Zuliefer-Betrieb. Erforderliche Investitionen wurden nicht ausgeführt. Neuentwickelte, zukunfts-trächtige Produkte wurden in andere Werke verlagert. Andere Produkte wurden mit der Begründung, nicht mehr gewinnträchtig zu sein, eingestellt.

Jetzt soll Heidenreich & Harbeck geschlossen werden. Dieser Schock traf uns unvorbereitet. Wir mußten erst unsere Illusionen überwinden und Erfahrungen im Kampf um unsere Arbeitsplätze sammeln.

Zusammen mit der Industrie-Gewerkschaft Metall haben wir alles versucht, unsere Arbeitsplätze zu erhalten. Dabei haben wir gemerkt: „Wir haben zu wenig Rechte.“

Wir verlangen das Recht auf unseren Arbeitsplatz.

Ist das zuviel verlangt in einer sozialen Marktwirtschaft?

Wir sind nicht die ersten und werden auch nicht die letzten sein, die ihren Arbeitsplatz verlieren. In Hamburg hat in den letzten fünf Jahren jeder vierte Metaller seinen Arbeitsplatz verloren.

Der Senat wollte helfen, doch der Vorstand des Konzerns lehnte ab.

Die ersten Kollegen sind gekündigt. Wir werden mit jedem Tag weniger. Dennoch kämpfen wir mit allen demokratischen Mitteln um unsere Arbeitsplätze.

Allen Kollegen und Bürgern danken wir für die bisher bewiesene Solidarität.

Wir rufen alle Kollegen und Bürger Hamburgs auf:

„Übt Solidarität! Unterstützt uns in unserem Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Unterstützt die Unterschriften-Aktion der IG Metall! Beteiligt Euch an der 1.-Mai-Demonstration der Hamburger Metaller.“

**Beginn 8.30 Uhr ab Heidenreich & Harbeck, Saarlandstr./
Wiesendamm**

Die Belegschaft der Firma Heidenreich & Harbeck
gez. Hermann Hansen
Sprecher der Vertrauensleute

Die Kosten für diese Anzeige wurden von der Belegschaft aufgebracht.

EINE ZEITUNGSANZEIGE DER BELEGSCHAFT

Aus der Belegschaft heraus kam der Gedanke, eine Annonce in die Zeitung zu setzen. Unsere anfänglichen Vorstellungen, die Öffentlichkeit auf unser Problem aufmerksam zu machen und zu informieren, hatten sich - was die Presse anbetraf - nicht so erfüllt, wie wir es erhofft hatten. Viele Artikel über die Stilllegung von H & H, die wir gelesen hatten - ganz gleich in welcher Zeitung sie standen -, waren oberflächlich, oft enttäuschend, kurz gesagt: nicht in unserem Sinne. Das gilt auch für Rundfunk und Fernsehberichte. Protestschreiben an die Redaktionen blieben ohne Erfolg.

So entstand in großer Übereinstimmung unsere Annonce. Sie sollte vom Inhalt her das aussagen, was wir bis dahin an Erfahrungen gemacht hatten und dachten. Wir waren der Meinung, daß eine Anzeige, die man selbst bezahlt, unverändert gedruckt wird. Dieses ist nicht der Fall. Jede Annonce unterliegt einer gewissen Zensur. Nach Prüfung durch verschiedene "Instanzen" wurde in unserem Fall nichts beanstandet, und so kam unsere Anzeige gerade noch rechtzeitig vor dem Streik der Drucker in die Zeitung. Die Kosten wurden von der Belegschaft durch eine Sammlung aufgebracht.

EIN FILM ÜBER UNSEREN ARBEITSKAMPF

Im Rahmen der Hamburger IG-Metall wurde ein Film über unseren Arbeitskampf gedreht. Er schildert nüchtern und illusionslos ohne zu beschönigen, was bei uns passiert ist. Kollegen von uns kommen zu Wort und berichten, was sie erfahren haben.

Es war ein allgemeines Interesse in der Belegschaft vorhanden, diesen Film, als er fertig war, zu sehen. Durch einen Beschluß wurde der Film auf einer Betriebsversammlung gezeigt, zu einem Zeitpunkt, als die meisten Kollegen noch zusammen waren. Wir hatten vorher einige Betriebsversammlungen ohne die Geschäftsleitung gemacht. Dies hatte zuerst heftige Diskussionen gegeben. Bei der Betriebsversammlung, auf der der Film gezeigt wurde, war die Geschäftsleitung wieder anwesend. Vorher und hinterher wurde von ihr energisch gegen die Vorführung des Films protestiert; jedoch ohne Erfolg.

Wir halten diesen Film für ein sehr gutes Lehrmittel für interessierte Gewerkschafter.

HEIDENREICH u. HART
Maschinenfabrik

SCHADHAFT
Jetzt ist wegser dem je
30. 11. 1971



BEK muss
bleiben!



DER 1. MAI 1976

Der 1. Mai 1976 war der Höhepunkt unseres Kampfes in der Öffentlichkeit. Es gab in Hamburg zwei Demonstrationen. Der Zug der IG-Metall begann vor den Toren von H & H. Etwa 10.000 Menschen drückten ihre Solidarität und ihre Sorge über die zunehmende Arbeitsplatzvernichtung mit uns aus. Diese Anzahl war für unseren Kampf ein stolzer Erfolg.

Ein Kollege unserer VK-Leitung sprach an diesem Tag auf einer Streikversammlung der Drucker. Er wünschte ihnen Erfolg in ihrem Arbeitskampf und erhielt großen Beifall.



Mit dem 1. Mai hatten wir aber auch eine Grenze erreicht. Wir haben zwar einen größeren Teil der Öffentlichkeit aufmerksam machen können, aber es reichte nicht zu einer Änderung der verhängnisvollen Entwicklung. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, besonders der Presse, läßt schnell nach, wenn nichts Außergewöhnliches mehr passiert. Das war bei uns nach dem 1. Mai der Fall.

Voraussetzung für eine größere Wirkung nach außen, ist eine größere Einheit und Kraft in der Belegschaft. Eine Steigerung unseres Kampfes - etwa eine Betriebsbesetzung - war bei uns noch nicht möglich. Wir sind zu spät aufgewacht. Hinzu kam bei uns der frühe Abschluß eines Sozialplanes (eine Woche nach der 1.Mai-Demonstration). Wir müssen heute selbstkritisch feststellen, daß nach dem Abschluß des Sozialplans kein Arbeitskampf mehr möglich war. Viele waren nicht mehr bereit, für die unsichere Aussicht auf einen Erfolg im Kampf um die Arbeitsplätze das Risiko einzugehen, die Sozialplanabfindung zu verlieren.

NOCH EIN WORT ZU UNSEREN ABFINDUNGEN AUS DEM SOZIALPLAN

Unsere Forderungen betragen ca. 20 Mio. Das Angebot von Gildemeister war 5 Mio. Herausgekommen sind wahrscheinlich weniger als 7 Mio. (Eine Bielefelder Zeitung schreibt 6,3 Mio.) Nach unserem Sozialplan, der gegen die Stimmen der Arbeitnehmerseite zustande kam, beträgt der Höchstsatz DM 23.000,--. Diesen Satz können nur die über 55-jährigen erreichen, wenn sie entsprechend lange in der Firma beschäftigt waren (ca. 20 Jahre). Aber was bedeuten solch scheinbar hohe Summen, wenn schon Kollegen im Alter ab Mitte 40 Schwierigkeiten bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz haben werden? Wahrscheinlich werden die wenigsten von uns einen Arbeitsplatz mit der gleichen Bezahlung erhalten. Die Kollegen über 55 Jahre müssen so gar befürchten, zumindest eine zeitlang arbeitslos zu sein. Was ist dann eine Summe von DM 23.000,-- wert, die bei weitem nicht alle bekommen? Es gehört wieder zur Vernebelungstaktik der Gegenseite, immer die angeblich hohen Sozialplanabfindungen herauszustreichen, aber die Probleme, die sich für uns Arbeitnehmer aus dem Verlust des Arbeitsplatzes ergeben, herunterzuspielen.



Der Vertrauensmann



- INFORMATION DER VK-LEITUNG -

Nr. 1

Die Vertrauenskörperleitung möchte die Belegschaft über die letzten Ereignisse informieren.

Am 18.5.76 forderten die Vertrauensleute durch Beschluß die Geschäftsleitung auf, endlich Klarheit über unsere Zukunft zu schaffen. Am 19.5.76 wurde der Geschäftsleitung (GL) ein Brief übergeben. Sie sollte bis zum 24.5.76 sämtliche Entlassungstermine bekanntgeben. Das war seit Wochen und Monaten versprochen und immer wieder hinausgeschoben worden.

Am 21.5.76 kam die GL mit dem Betriebsausschuß zusammen und behauptete, unsere Forderung sei zum 24.5.76 vom Termin her nicht zu erfüllen. Sie erklärte sich bereit, am 8.6.76 und später auf Drängen des Betriebsausschusses am 4.6.76 die Benachrichtigung der Kollegen durchzuführen. Dies wurde den Vertrauensleuten vom Betriebsrat gestern vormittag mitgeteilt.

Aufgrund der Einschätzung der Lage gab die VK-Leitung die Empfehlung, der Geschäftsleitung bis zum 3.6.76 Zeit zu lassen. Das wurde von den Vertrauensleuten beschlossen. Gleichzeitig verlangten die Vertrauensleute durch Beschluß, dass die Kündigungstermine schriftlich gegeben werden sollen und nur im Einvernehmen der betroffenen Kollegen wider-rufbar sind. Denn nur so können sie sicher sein, dass ihre persönliche Planung nicht durch andere Entscheidungen der GL zunichte gemacht werden.

Der Betriebsrat überbrachte diese beiden Beschlüsse der GL. Daraufhin gab der Betriebsrat gestern nachmittag den Vertrauensleuten einen neuen Vorschlag der GL bekannt:

1. Im Zeitraum vom 1.6. - 4.6.76 sollen die Kollegen über ihre Kündigungs-Termine unterrichtet werden. (Dies wurde als Kompromiß von den Vertrauensleuten angenommen.)
2. Die Vorankündigung der Entlassungstermine soll nach dem Willen der GL wider-rufbar sein: bei gewerblichen Kollegen in einem Zeitraum bis zu 3 Monaten vor dem Entlassungstermin, bei Angestellten bis zu 6 Monaten.

Über diese Frage soll heute vormittag in einer VK-Sitzung entschieden werden.



Der Vertrauensmann



INFORMATION DER VK-LEITUNG

Nr. 2

Die VK-Leitung möchte noch einmal deutlich machen:

Bei der Forderung der Kündigungstermine ging es uns nicht nur darum, Klarheit für den einzelnen Kollegen zu bekommen, um seine persönliche Unsicherheit abzubauen, sondern es kam uns darauf an, zu wissen: was hat die Geschäftsleitung mit dem Betrieb und den Arbeitsplätzen vor. Wieweit ist es ihr ernst mit den Äusserungen, dass sie sich bemüht, unsere Arbeitsplätze zu erhalten. Dies ist durch die Erfüllung unserer Forderung klarer geworden.

Dabei hat sich gezeigt: Die Kollegen, die in einer Servic-GmbH verbleiben, wissen nicht, wie weit ihre Rechte gehen und abgesichert sind. Dies muß eine unserer Aufgaben sein, möglichst bald zu klären.

In diesem Zusammenhang wollen wir noch einmal auf den § 111 des BVG hinweisen. Hier heißt es, dass der Betriebsrat rechtzeitig und umfassend informiert werden muß. Der Gesetzgeber hatte eine Mitbestimmung der Betriebsräte im Sinn, als er dies Gesetz verabschiedet hat. Dieser Einfluß der Betriebsräte findet hier bei H & H nicht statt, weil dieses Gesetz von der GL nicht oder unzureichend, d.h. zu spät, praktiziert wird. Wir wissen, dass wir als Arbeitnehmer wenig Rechte haben, doch dieses wenige Recht müssen wir fordern, einzuhalten.

Arbeitskreis Barmbecker Betriebe

Entstanden ist dieser Kreis aus der Erkenntnis:

H & H ist kein Einzelfall, und wenn wir uns gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen wehren wollen, ist die aktive Zusammenarbeit und solidarische Haltung von Kollegen aus anderen Betrieben erforderlich. Hinzu kommt ein Erfahrungsaustausch, d.h. unsere Erfahrung im Kampf um unsere Arbeitsplätze wollen wir an Kollegen weitergeben. Dies, damit sie in der gleichen Situation besser reagieren können. Wir waren leider in der Lage, keine Erfahrung aus Arbeitskämpfen zu haben.

Unsere bisherigen Aktionen wurden wesentlich von den Kollegen dieses Arbeitskreises mitgetragen. Manchmal gaben sie so-gar den Ausschlag, ob, wie bei der Demonstration Goldbeckplatz, diese überhaupt stattfinden sollte. Diese Kollegen aus anderen Betrieben b.w.

haben sich im Kampf gegen die Vernichtung von 800 Arbeitsplätzen bei H & H sehr eingesetzt und als aktive Gewerkschaftler gezeigt. Dazu gehörte das Verteilen von Flugblättern der IG-Metall, Unterschriftensammlung, Informationsstände, und die 1. Mai-Demonstration.

Es stand für uns fest, dass mit dieser Demonstration die Aufgaben dieses Arbeitskreises nicht zu Ende sind. Am 8.6.76 hielten wir gemeinsam einen Rückblick auf unsere bisherige Arbeit und Erfahrungen. Dabei klärte sich in der Diskussion, an der auch unsere beiden Sekretäre der Ortsverwaltung teilnahmen, folgendes: Betriebsräte müssen in Bildungsarbeit, was Stilllegung von Betrieben anbetrifft, besser geschult werden. Das Mißtrauen der Betriebsräte gegenüber der Geschäftsleitung bei evtl. Vernichtung von Arbeitsplätzen, muß verstärkt werden. Eine möglichst große Solidarität der Kollegen im Konzern, aber auch aus anderen Betrieben, muß angestrebt und praktiziert werden. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit durch die Medien ist sehr wichtig, doch oft nicht genug beeinflussbar.

Es stellte sich die Frage, was ist noch möglich bei H & H ? Ebenso, ob alles Mögliche von uns getan worden ist.

Überstunden bei H & H

Die Vertrauensleute halten an dem von ihnen und den Betriebsräten gefaßten Beschluß fest, Überstunden abzulehnen.

Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich hierbei solidarisch zu verhalten.

Bedenkt, dass dieser Beschluß aus der Erkenntnis gefaßt wurde, dass in unserer jetzigen Situation bei H & H jede Überstunde dazu beiträgt, noch schneller Arbeitsplätze zu vernichten.

Die ersten Kollegen, mit denen wir teilweise jahrelang zusammen gearbeitet haben, mußten sich in den letzten Wochen von uns verabschieden.

Wenn es auch hin und wider persönliche Differenzen unter den Kollegen gibt, haben wir als Gewerkschaftler doch erkennen müssen, dass über allem das gemeinsame Handeln stehen muß, wenn wir etwas erreichen wollen.

Verantwortlich: J.Müllner, IG-Metall Vat.Hamburg
Eigendruck



Der Vertrauensmann



INFORMATION DER VK-LEITUNG

Nr. 3

Zwei Kollegen der VK-Leitung von Heidenreich hatten Gelegenheit, an einer Betriebsversammlung in Bielefeld als Gäste teilzunehmen. Sie waren hingefahren, um sich ein Urteil zu bilden, warum eine solidarische Haltung der Kollegen in Bielefeld mit uns nicht zustande gekommen ist. Die Unterschriftenliste der IGM fand im Gegensatz zum Werk Max Müller dort keine Unterstützung. Dabei stellt sich u.a. die Frage, warum war unsere Organisation nicht in der Lage, über die dortige Ortsverwaltung eine solche Aktion zu unterstützen? Bei der letzten Zusammenkunft des Arbeitskreises Barnbecker Betriebe wurde zu diesem Thema gesagt, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Ortsverwaltungen in der IGM nicht so ist, wie man erwarten sollte. Hier muß einiges in nächster Zeit getan werden!

Doch zur Antwort auf unsere Frage, warum keine Solidarität? Bei den Kollegen in Bielefeld sind Vorurteile und Mißverständnisse vorhanden, die beseitigt werden müssen. Dazu kommt, dass die Belegschaft sehr uneinig und passiv ist. Bei vielen Kollegen besteht die Einstellung, das Hemd ist mir näher als der Reck. Es muß unsere Aufgabe als Gewerkschafter sein, diese Einstellung zu verändern. Dies kann nur durch persönliche Kontakte mit Kollegen, die bereit sind, sich über diese Probleme zu unterhalten, geschehen.

Uns wurde in dieser Betriebsversammlung klar, : Der Vorstand versucht systematisch, einen Keil zwischen die Belegschaft Hamburg und Bielefeld zu treiben. Es wurde seit längerer Zeit wiederholt gesagt; Für Hamburger Maschinen müssen DM 20.000,- bis DM 40.000,- draufgelegt werden, Hamburg ist eine Belastung für den Konzern. Diese ständigen Behauptungen, die von einem großen Teil der Belegschaft geglaubt wurden, haben zu der Haltung der Kollegen beigetragen. Keiner der Kollegen zweifelte diese Behauptung, die auch auf der Betriebsversammlung wieder geäußert wurde, an. Hier wäre unserer Meinung nach Protest nötig gewesen. Dies zeigt, dass das Mißtrauen der Bielefelder Kollegen den Aussagen des Vorstandes gegenüber noch nicht kritisch genug ist.

In Bielefeld sollen in diesem Jahr ca. 300 Kollegen entlassen werden. Der Vorstand spricht, wie seinerzeit in Hamburg, vom schlechten Verhältnis Gemeinkostenlöhner/Produktivkostenlöhner und "Umstrukturierung". In dieser Sache haben wir Heidenreich unsere Erfahrungen gemacht, die wir an die Kollegen in Bielefeld weitergeben könnten.

Heidenreich & Harbeck darf nicht von Hamburg weg!

Dieser Ruf war am 15.6.76 im Dritten Programm des Fernsehens zu hören. Wie kam es dazu? 10 Kollegen von Heidenreich, Wirtschaftsminister Westphal, Senator Nölling, ein Sachverständiger der Bundesanstalt für Arbeit, ein Wirtschaftswissenschaftler, ein Arbeitsdirektor, der Kollege Müllner als 1. Bevollmächtigter der IG-Metall und ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes, sowie 10 Manager, die wie wir als Zuschauer teilnahmen, nahmen an dieser Sendung teil.

Man sollte meinen, dass bei so viel Sachverstand und Intelligenz zumindest sehr viel Konkretes und Positives diskutiert wird.

b.w.

Es wurde auch sehr viel über Wirtschaft und Arbeit gesprochen, aber immer an denen vorbei, die es eigentlich angeht, nämlich uns, die arbeitenden Menschen, ihre Rechte und wie sie ihnen gewährt werden von der Gesellschaft, der sie so vielfältig dienen.

Wir haben zwar eine Reihe guter Gesetze, aber niemanden, der uns dabei unterstützt, alle Rechte zu nutzen. Was nützt es uns, wenn im BVG steht, der Arbeitgeber hat den Betriebsrat rechtzeitig und umfassend zu informieren, wenn die Information erst gegeben wird, nachdem das Management vollendete Tatsachen geschaffen hat. Das ist unser Problem. Die Verantwortlichen bei H & H wissen das und handeln dementsprechend. Ein Beispiel:

Dieser Tage ging ein Schreiben des Betriebsrats an die Geschäftsleitung mit der Forderung, nach oben diesen Informationen. Wir werden mit Nachdruck darauf bestehen, das sie uns gegeben werden. Die Kollegen im Betriebsrat sollten alles tun, um die Informationen richtig und zum Vorteil aller Kollegen auszuwerten und zu nutzen. Da geht es nicht um einen Ausschuß und seine Selbstständigkeit, sondern um die Interessen aller Kollegen. Das ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht. - Doch zurück zur Sendung:

Erst in der Diskussion, im letzten Drittel der Sendezeit, durften wir uns zu Wort melden. Wir haben davon lebhaft Gebrauch gemacht. Auf unsere Beiträge ist man leider kaum eingegangen. Ein Manager forderte Kollege Müllner auf, das von ihm in Zusammenhang mit H & H gebrachte Wort "Unternehmer-Willkür" zurückzunehmen. Er tat es nicht. Im Gegenteil, er hat es wiederholt. Das war gut so.

Je länger wir in dieser Sendung mitmachten, je deutlicher wurde uns; unsere Aussagen waren nicht gefragt.

Wir bekamen das Thema "Recht auf Arbeit" erst kurz vor Beginn der Sendung im Studio zu wissen. Dies hätten wir vorher von unserer Ortsverwaltung erfahren müssen, damit wir Gewerkschaftler uns besser aufeinander abgestimmt hätten.

Zum Schluß, als der Diskussionsleiter sein Schlußwort halten wollte, nutzten wir die Gelegenheit zu einem Sprechchor

"Heidenreich und Harbeck, darf nicht von Hamburg weg".

Die Sendeleitung hat zwar sehr schnell geschaltet und Bild und Ton weggezogen. Trotzdem war es ein paar Mal bei den Zuschauern daheim zu hören. Die Herren Manager waren darüber so erbost, dass es zwischen uns und ihnen zu lautstarken Auseinandersetzungen kam.

Wir fragen uns nach dem Wert einer solchen Sendung, in der zwar viel gesagt wird, aber wo offensichtlich an den Dingen vorbeigeredet wird. Wir meinen, solche Sendungen haben nicht einmal einen informativen Wert. Sie nutzen niemanden, ausser der Fernsehanstalt, die damit ihre Zeit ausfüllt.

Dabei brauchten wir so nötig eine echte Unterstützung, sowohl von den Regierungsverantwortlichen als auch von den Fernsehanstalten.

Verantwortlich: J. Müllner, IG-Metall Vst.Hamburg
Eigendruck



Der Vertrauensmann



INFORMATION DER VK-LEITUNG

Nr. 4

Schwarzer Freitag für die M A N - Kollegen
Vorstand beschließt Stilllegung des Kesselbaus

Fast täglich kann man in den Zeitungen über Betriebs-
einschränkungen, Rationalisierungsmaßnahmen oder Stille-
legungen lesen. Jetzt sollen über 300 Kollegen von M A N
ihren Arbeitsplatz verlieren.

Trotz der Proteste der Belegschaft, der Gewerkschaften
und des Senats machen die Unternehmer, was sie wollen.

Dieses wurde auch deutlich auf einer IG Metall-Mitglie-
derversammlung bei M A N, an der zwei Kollegen von uns
teilnehmen konnten.

Unsere stärkste Waffe ist eine breite Solidarität und
die Bereitschaft zum eigenen Einsatz, um den Druck zu
verstärken, damit der Vorstand von seinem Beschluß abgeht.
Dies war die Aussage von Johannes Müllner, der mit mehre-
ren Kollegen der Ortsverwaltung bei der Sitzung anwesend
war.

Unsere Kollegen der VK-Leitung überbrachten den Kollegen
von M A N ein Schreiben, in dem zum Ausdruck gebracht
wurde, daß die Belegschaft von H & H sich mit ihnen
solidarisch erklärt und ihnen Erfolg im Kampf gegen die
Vernichtung von Arbeitsplätzen wünscht. Unser Schreiben
wurde verlesen und mit großem Beifall aufgenommen.

Die Aussagen der Betriebsräte von M A N waren geprägt
von der Enttäuschung über das Verhalten des Vorstandes.
Sie waren der Meinung, bisher immer fair und sachlich
mit dem Vorstand zusammengearbeitet zu haben und wirt-
schaftliche Probleme gemeinsam besprochen und beseitigt

b.w.

zu haben. Jetzt sind sie verbittert. Man hatte sie von einem Tag auf den anderen über den Beschluß informiert, über 300 Kollegen zu entlassen. Die Sprüche von "alle in einem Boot" oder "Partnerschaft" sind nicht mehr.

Verschiedene Kollegen von M A N betonten, daß sich unsere Protestaktionen bei H & H positiv bemerkbar gemacht haben. Z.B. nahm die Presse ihre Probleme sehr aufmerksam auf. Das führten sie darauf zurück, daß bei H & H erreicht wurde, daß dies nicht mehr widerstandslos hingenommen wurde.

Wochenendseminar

Die VK-Leitung hält es für gut, ein Weekendseminar durchzuführen. Wir werden uns bei der Ortsverwaltung dafür einsetzen, daß dies möglichst bald geschieht. Hier hätten wir die Möglichkeit, einmal in Ruhe viele anstehende Probleme auszudiskutieren.

Verantwortlich: J. Müllner, IG-Metall Vst. Hamburg
Eigendruck

In der Zeit, als die Belegschaft noch zu uneins war, stellte sich die Frage: was können wir noch tun, um unsere Kollegen zu motivieren und zum gemeinsamen Handeln zu bewegen.

Aus dieser Überlegung heraus entstand unser Blatt "Der Vertrauensmann". Hierin wollten wir eigenständig Informationen weitergeben und Standpunkt beziehen. Dabei haben wir versucht deutlich zu machen, daß persönliche und politische Differenzen untereinander in unserem Kampf um die Arbeitsplätze zurückstehen müssen.



ÜBERSTUNDEN :

MORGEN TERMIN MIT DER EINIGUNGSSTELLE

Morgen (Mittwoch, d. 27.10.) soll die Einigungsstelle hier im Hause tagen. Hier liegt für uns als Arbeitnehmer die letzte legale Möglichkeit, in einem Streit zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung Recht zu bekommen.

Was liegt an? Es sind zwei Probleme:

1. Verstößt die Geschäftsleitung von H & H gegen das Gesetz? Das Betriebsverfassungsgesetz sagt aus, daß Überstunden nur mit der Zustimmung des Betriebsrates gemacht werden dürfen. Bei uns besteht der Beschluß des Betriebsrats und der Vertrauensleute, Überstunden nicht zuzustimmen. Trotzdem werden bei uns seit längerer Zeit Überstunden gemacht. Es ist bekannt, daß dieses zum größten Teil auf Druck der Geschäftsleitung geschieht. Die Einigungsstelle soll entscheiden, ob hier die Geschäftsleitung strafbar handelt, indem sie den Betriebsrat übergeht.
2. Ist es rechtens, daß in einem Betrieb wie H & H, wo feststeht, daß eine Stilllegung bevorsteht, und wo in allen Bereichen Entlassungen vorgenommen werden, noch Überstunden gemacht werden können - so daß die Vernichtung von Arbeitsplätzen noch beschleunigt wird.

Ein solcher Streitfall wurde - nach Aussage unseres Gewerkschaftssekretärs - noch vor keiner Einigungsstelle ausgetragen. Auch aus dieser Sicht ist die Entscheidung, die morgen gefällt wird, wichtig und grundsätzlich. Betriebe, die in die gleiche Situation geraten, könnten sich auf diese Entscheidung berufen. Hierüber sollten sich unsere Vertreter klar sein.

b. w.

SENATOR NÖLLING " BESUCHTE " H & H I

Am 15. Oktober war der neue Hamburger Wirtschaftssenator Nölling hier im Hause. - Zu diesem Thema äußerten sich mehrere Kollegen auf unserer letzten Vertrauensleute-Sitzung. Es wurde kritisiert, daß der Belegschaft keine Gelegenheit zu einem direkten Gespräch gegeben wurde. Vielen war nicht einmal bekannt, daß der Senator kommen sollte. Viele Vertrauensleute waren der Meinung, daß dieser kurze Besuch eben nur ein Besuch wie viele andere vorher schon war, wo Politiker genug Worte fanden, aber uns nicht halfen.

Senator Nölling brachte in der kurzen Zusammenkunft mit dem Betriebsrat - wie vorher schon in anderen Gesprächen - offen und unmißverständlich zum Ausdruck, daß er keine Entscheidung für H & H fällen kann. In einem Konzern bestimmt der Vorstand.

Dem Senator wurde auch das Thema Rüstungsaufträge (Getriebekästen) für H & H vorgetragen. Wir möchten dazu anmerken, was dazu vom Kollegen Engelman auf einer früheren VK-Sitzung klar gesagt worden ist: Das Problem Arbeitsplatzerhaltung ist mit Rüstungsaufträgen nicht zu lösen.

In der letzten VK-Sitzung wurde unter anderem auch bekannt, daß in Gesprächen zwischen Barthelmeß und dem Senat über die Nutzung des Firmengrundstückes von H & H gesprochen wurde. Dabei soll eine Unterstützung des Senats zugesagt worden sein.

WAS WIRD AUS DEN ARBEITSPLÄTZEN IN MÖLLN ?

Diese Frage stellt sich der VK-Leitung in Hamburg. Die Nachrichten aus unserer Gießerei in Mölln sind folgende: Spätestens im ersten Quartal 1978 wird in Ungarn für die dort hergestellten Maschinen selbst gegossen. Dies war die Antwort von Pawellek an einen Kollegen aus der Belegschaft in der Betriebsversammlung vom 22. 10. Verträge mit Ungarn und Investitionen sind soweit fortgeschritten, daß hier keine Änderung mehr möglich sei.

Aus unserer Sicht bedeutet das für die Belegschaft in Mölln: Kampf um ihre Arbeitsplätze! Er wird allein durch die Maßnahmen der Geschäftsleitung herausgefordert.

Die VK.- Leitung wird versuchen, zu einer der nächsten Vertrauensleute-Sitzungen Kollegen aus Mölln einzuladen, um mit ihnen über unsere gemeinsamen Probleme zu diskutieren.

Verantwortlich: J.Müllner, IG-Metall Vst. Hamburg

Eigendruck



BETRIEBSRATSMITGLIED VON H&H WURDE ENTLASSEN!

Während der Betriebsversammlung am Sonnabend, den 20. November fiel von einem Kollegen ein hartes Wort gegenüber dem Betriebsleiter. Dieser Kollege ist langjähriges Mitglied des Betriebsrats. Er setzte sich bei Aktionen für den Erhalt unserer Arbeitsplätze voll ein. Anlaß seiner Äußerung war der düstere Geschäftsbericht in Bezug auf das Werk Heidenreich und die Tatsache, daß die Firma sich erstmals geweigert hatte, für die diesjährige Kinderweihnachtsfeier einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Statt dem Kollegen rechtzeitig Gelegenheit zu geben, sich zu entschuldigen, wurde ihm Dienstagmorgen, am 23. Nov., der Zutritt zum Werk untersagt und seine fristlose Entlassung angekündigt.

Der Betriebsrat war sich einig zu widersprechen. Im Beisein des 2. Bevollmächtigten der IG Metall Hamburg, Wolfgang Engelmann, wurden Gespräche mit der Geschäftsleitung aufgenommen.

Zu diesem Zeitpunkt begaben sich große Teile der Belegschaft, Gewerbliche und Angestellte, mit ihren Vertrauensleuten in die Chefetage. Sie erklärten sich solidarisch und brachten darüber hinaus zum Ausdruck, mit der angedrohten fristlosen Entlassung dieses einen Kollegen sollten wir alle getroffen und eingeschüchtert werden.

Es wurde gefordert, der Betriebsleiter möge erscheinen und selbst eine Stellungnahme abgeben. Den Herren Pawellek und Stiefeler wurde die Bitte vorgetragen, diese ungerechtfertigte Maßnahme 24 Stunden zu überdenken und zurückzunehmen. Dieses maßvolle Vorgehen und das disziplinierte Verhalten aller Kolleginnen und Kollegen sollten es der Geschäftsleitung möglich machen, eine Fehlentscheidung ohne Prestigeverlust rückgängig zu machen.

Der Vorwurf der Erpressung, den Herr Pawellek erhob, wurde energisch zurückgewiesen. Offensichtlich wird seitens der Geschäftsleitung mit zweierlei Maß gemessen.

Ein ausländischer Kollege, mit Recht empört und in Unkenntnis der Feinheiten der deutschen Sprache, sollte für das Wort "Kannibale" mit fristloser Entlassung und schweren finanziellen Einbußen bestraft werden, obwohl er inzwischen versucht hatte, sich zu entschuldigen. Der Betriebsleiter, Herr Pawellek, darf öffentlich erklären, er werde in der Belegschaft "die Spreu vom Weizen trennen". Das bedeutet auf gut deutsch: Danach sind die schon Entlassenen und noch zu Entlassenen entweder nur noch menschlicher Schrott oder Nichtskönner und Faulenzer. Diese Beleidigung wurde bis heute nicht zurückgenommen.

Es kam nicht zu einer fristlosen Entlassung! Damit bekommt der Kollege seine Ansprüche aus dem Sozialplan voll erfüllt und bis März 77 seinen vollen Lohn. Das ist unbestreitbar ein Teilerfolg der solidarischen Aktion und des ungebrochenen Mutes der Belegschaft, von

Vertrauensleuten, Betriebsräten und der IG Metall.

Daß die Firma, die den Zuschuß zum Kinderweihnachtsfest einspart, bereit ist, etliche tausend Mark mehr zu zahlen, um uns zu zeigen, daß sie es doch schafft, ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt durchzusetzen, ist eine ganz andere Sache.

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die mit persönlichem Risiko aufrichtig für einen Kollegen eingetreten sind, der angegriffen wurde. Diese Solidarität werden wir auch in Zukunft brauchen!

NOCH EINMAL : ÜBERSTUNDEN

Der Spruch der Einigungsstelle ist gefallen. Trotz der Gegenstimmen unserer Vertreter ist die Firma berechtigt, ohne Zustimmung des Betriebsrates eine begrenzte Anzahl von Überstunden anzuordnen.

Es ist bekannt, daß ein solches Urteil in der Einigungsstelle abhängig ist von der Person des Schlichters. Es hängt davon ab, wie arbeitgeberfreundlich dieser Richter ist. Nach der Entscheidung über den Sozialplan ist dies das zweite Mal, daß ein "neutraler" Schlichter sich für die Argumente der anderen Seite entschieden hat. Diese Bemühungen eines Arbeitsrichters sind nicht kostenlos : Der Nebenverdienst für einen Schiedsspruch liegt zwischen DM 3.000,- und DM 10.000,- (lt. "Stern"). Dieser Betrag muß von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite je zur Hälfte aufgebracht werden.

Wir konnten uns nicht vorstellen, daß die Einigungsstelle zustimmt, daß ein Betrieb, der stillgelegt wird, Überstunden anordnen kann, obwohl der Betriebsrat sie ablehnt. Denn hierdurch werden Arbeitsplätze noch schneller vernichtet. Doch wir stellen fest : Der Spruch der Einigungsstelle und unser Beschluß sind zweierlei. Unsere Argumente und Einstellung und die Haltung vieler Kollegen bei H&H zu diesem Problem sind dieselben geblieben.

Herausgegeben von der VK-Leitung H & H

Verantwortlich : J.Müllner, IG-Metall Vst. Hamburg

Eigendruck

Wie die Berichte im "Vertrauensmann" und wie immer wieder neue Aktivitäten unserer Kollegen, des Betriebsrats, der Vertrauensleute und der IG-Metall zeigen, haben wir nicht einfach aufgegeben. Unser Arbeitskampf ist nicht beendet. Aber wir müssen bitter einsehen, daß unser Kampf um 1000 gute Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht erfolgreich war. Wir wollen aber nicht, daß er sinnlos war. Deshalb wollen wir unsere Erfahrungen weitergeben. Deshalb auch dieser Bericht, denn:

HEIDENREICH & HARBECK IST KEIN EINZELFALL !

Heute steht M A N, Hamburg, vor der gleichen Gefahr. Morgen kann es jede andere Belegschaft sein. Wir haben den Kollegen von M A N unsere Solidarität ausgedrückt und werden versuchen, ihnen in ihrem Kampf zu helfen. Der Weg des Widerstands der Arbeitnehmer muß weiter beschritten werden, gegen die bedrohliche Vernichtung unserer Arbeitsplätze. Wir müssen auch diejenigen überzeugen, die heute noch meinen, sie hätten einen sicheren Arbeitsplatz, und ihnen könne ja nichts passieren; denn solche Arbeitsplätze gibt es leider bei uns nicht.

Die meisten von uns werden hoffentlich in anderen Betrieben unterkommen, aber sie werden nicht mehr die gleichen sein, wie vorher. Sie werden mißtrauisch auf das hören, was die Geschäftsleitung sagt. Wir haben alle erfahren, daß - wie es ein Kollege von uns in einer Fernsehsendung ausdrückte - die wirkliche Stellung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft nicht die ist, die ihnen aufgrund ihrer Arbeit für die Unternehmer und für die Gesellschaft zukommen müßte. Wir müssen unsere Stimme als Arbeitnehmer wieder bemerkbar machen, damit nicht nur einige wenige Unternehmer über die Schicksalsfragen von vielen tausenden arbeitenden Menschen entscheiden können.

Wir erkennen an, daß die Wirtschaft sich weiterentwickeln muß. Aber wir können nicht mehr hinnehmen, daß dies auf Kosten der Arbeitnehmer geht. Wenn Rationalisierungen und Stilllegungen von Betrieben geplant sind, müssen wir uns rechtzeitig einmischen, weil unsere Interessen sonst nicht berücksichtigt werden. Das haben wir bei H & H gelernt.



IHRE ERSTE LEKTION IN ÖKONOMIE

Die Mutter: Gehört Herrn Suchlinow seine Fabrik oder gehört sie ihm nicht?

Arbeiter: Sie gehört ihm.

Die Mutter: So. Der Tisch zum Beispiel gehört mir. Jetzt frage ich euch: kann ich mit diesem Tisch machen, was ich will?

Arbeiter: Ja, mit diesem Tisch können Sie machen, was Sie wollen.

Die Mutter: So. Kann ich ihn zum Beispiel auch kurz und klein schlagen, wenn ich will?

Arbeiter: Ja, diesen Tisch können Sie kurz und klein schlagen, wenn Sie wollen.

Die Mutter: Aha! Kann also Herr Suchlinow mit seiner Fabrik, die ihm gehört wie mir mein Tisch, machen, was er will?

Arbeiter: Nein.

Die Mutter: Wieso nicht?

Arbeiter: Weil er zu seiner Fabrik uns Arbeiter braucht.

Die Mutter: Wenn er aber sagt, er braucht euch jetzt nicht?

Arbeiter: Das müssen Sie sich so vorstellen: er kann uns einmal brauchen und einmal nicht brauchen. Wenn er uns braucht, müssen wir da sein, und wenn er uns nicht braucht, dann sind wir eben auch da. Wo sollen wir hin? Und das weiß er. Er braucht uns nicht immer, aber wir brauchen ihn immer. Damit rechnet er. Der Herr Suchlinow hat doch da seine Maschinen stehen. Das ist aber unser Handwerkszeug. Wir haben sonst keines. Wir haben keinen Webstuhl mehr und keine Drehbank, sondern wir benützen eben die Maschinen des Herrn Suchlinow. Seine Fabrik gehört ihm, aber wenn er sie zumacht, nimmt er uns damit unser Handwerkszeug weg.

Die Mutter: Weil ihm euer Handwerkszeug gehört wie mir mein Tisch.

Arbeiter: Ja, aber finden Sie, daß das richtig ist, daß ihm unser Handwerkszeug gehört?

Die Mutter: Nein! Aber ob ich es richtig finde oder ob ich es nicht richtig finde, deswegen gehört es ihm doch. Es kann ja jemand auch nicht richtig finden, daß mir mein Tisch gehört.

Arbeiter: Da sagen wir: es ist ein Unterschied, ob Ihnen ein Tisch gehört oder eine Fabrik. Ein Tisch kann Ihnen natürlich gehören, ein Stuhl auch. Das schadet doch niemand. Wenn Sie ihn auf den Dachboden stellen, was soll das schon schaden? Aber wenn Ihnen eine Fabrik gehört, dann können Sie damit vielen hundert Menschen schaden. Denn Sie haben in Ihrem Besitz ihr Handwerkszeug und können damit die Menschen ausnützen.

Die Mutter: Ja, also er kann uns ausnützen. Tut doch nicht, als wenn ich das noch nicht gemerkt hätte in vierzig Jahren. Nur eines habe ich nicht bemerkt, nämlich daß man dagegen etwas hätte machen können.

Arbeiter: Auch viele Arbeiter sagen: Das geht niemals!
WER NOCH LEBT, SAGE NICHT NIEMALS!
DAS SICHERE IST NICHT SICHER
SO, WIE ES IST, BLEIBT ES NICHT.



KEINE ENTLASSUNGEN
der Arbeiter und Angestellten
bei Heidenreich und Harbeck

1000 TÖPFE

Je notw. diger denn je
Metall

rf gehen